

D'BÄRETATZE

DIE NEUSTEN NACHRICHTEN VON



Zeitung der Berner Freiheits- & Friedenspartei - Ausgabe Nr. 3 - Winter 2025 - CHF 5.-

“Gsicht zeige für d’Freiheit!”

Am 29. März 2026 finden wegweisende Grossratswahlen im Kanton Bern statt - es braucht noch viele Kandidaten. Seite 3



Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten von Aufrecht Bern, liebe Freunde der Freiheit

Am 29. März 2026 finden im Kanton Bern die nächsten Grossratswahlen statt. Im Berner Grossrat können wir politisch sehr viel bewirken. Wir freuen uns sehr, dass sich bereits einige Mitglieder als Kandidaten zur Verfügung stellen. Aktuell fehlen uns in jedem Wahlkreis aber noch sehr viele Kandidaten, damit wir überhaupt mit genügend vollen Listen zur Wahl antreten können. Im März 2026 wollen wir den Einzug in den Berner Grossrat endlich schaffen, leere Linien auf den Listen helfen dabei nicht. Aus meiner Sicht ist es daher Ehrensache, dass sich jede & jeder von uns zur Verfügung stellt, wenn auch nur als “Listenfüller”. Wie einfach das geht, lest ihr in dieser bereits dritten Ausgabe unserer Zeitung auf Seite 3. Merci für eure Unterstützung!

Euer Jonathan Zbinden,
Kommunikation Aufrecht Bern

Aufrecht Bern ergreift erstmals ein kantonales Referendum

Privater Luxuspalast soll zig Steuermillionen erhalten. Seite 2



Inhaltsverzeichnis

Abstimmung - Seiten 4 & 5
Windräder - Seiten 6 & 7
Strahlung & 5G - ab Seite 8
Überwachung - Seite 10
Referendum - Seite 11
Churz & Bündig - Seite 12

Millionen für Berner Prunk-Palast?

Jedes Mitglied sammelt 4 Unterschriften für unser erstes Referendum

Das Berner Kantonsparlament hat einen Verpflichtungskredit über CHF 81 Millionen für den luxuriösen Neubau und die Sanierung des Kunstmuseums Bern beschlossen. Zig weitere Millionen dürften folgen. Die Bevölkerung soll so mit ihren hart erarbeiteten Steuergeldern den grössten Teil eines prunkvollen, privaten Kulturpalastes finanzieren!

Nennen wir die Sache beim Namen: Die private Stiftung Kunstmuseum Bern will sich über den politischen Weg aus den Portemonnaies der Bernerinnen und Berner bedienen und so ihr eigenes, 147 Millionen (!) teures Luxusprojekt "Eiger" durch die Steuerzahler "zwangsfinanzieren" lassen. Das dürfen wir nicht zulassen!

Für Aufrecht Bern ist klar: Kultur zu finanzieren, ist keine Staatsaufgabe, sondern Privatsache - weil Kultur eben Geschmacksache ist. Je mehr Kulturförderung es gibt, desto mehr wird echte, freie und aus innerem Antrieb stammende

Kultur verdrängt. Solche Finanzierungen und eine Ausweitung der Kulturförderung bedingen, dass den Bürgern noch mehr Steuern aus der Tasche gezogen werden müssen. Dabei handelt es sich um Gelder, die den Bürgern anschliessend nicht mehr zur Verfügung stehen, um frei gewählte Kultur und Kunst ihres Geschmacks zu unterstützen.

Zusammen mit einem weiteren Komitee, bestehend aus mehreren Grossräten verschiedener Parteien, müssen bis Ende dieses Jahres gemeinsam mindestens 10'000 gültige Unterschriften gesammelt werden.

Aktion "Jeder sammelt 4 Unterschriften!"

Dieser Ausgabe unserer Zeitung haben wir zwei Unterschriftsbögen beigelegt. Ziel: Jedes Mitglied sammelt 4 Unterschriften.

Und wer laufend und bis spätestens am 20. Dezember 2025 am meisten Unterschriften sammelt und einsendet, wird mit einem einzigartigen, besonderen Preis belohnt.



Referendum unterstützen

Die Kosten für Druck, Versand, Rückversand sowie Beglaubigung sind bei einem Referendum teuer und meist nicht budgetiert. Wir freuen uns deshalb auf jede noch so kleine Spende.

Weitere Unterschriftsbögen können telefonisch unter 079 751 99 09 oder per Mail an sekretariat@aufrecht-bern.ch nachbestellt werden.

Jetzt bist Du gefragt - melde Dich!

Das sind unsere ersten Kandidaten für die Grossratswahlen im 2026

Wahlkreis Mittelland-Süd



Petra Burri
Rümli

Wahlkreis Biel-Seeland



Michael Freidig
Herbligen

Wahlkreis Oberland



Rolf Gautschi
Seedorf

Wahlkreis Emmental



Urs Ramseier
Wimmis



Andreas Sommer
Sumiswald

Wahlkreis Bern-Stadt



Astrid Krüger
Bern

Wahlkreis Mittelland-Nord



Daniel Hollinger
Bern



Jonathan Zbinden
Ortschwaben



Rolph Müller
Vechigen



Peter Baumgartner
Worb

Am 29. März 2026 finden im Kanton Bern die nächsten Grossratswahlen statt. Im Grossrat können wir politisch sehr viel bewirken. Wir wollen an diesem Wahlsonntag die Sensation schaffen und als die Stimme der Freiheit & des Friedens in das Berner Kantonsparlament einziehen. Gleich am ersten Tag nach der Wahl werden wir uns getreu unseren Werten im Berner Grossrat für folgende Themen einsetzen:

- für unsere Freiheit und unser Recht auf ein analoges Leben ohne E-ID & Digitalzwang
- für den Schutz und Erhalt unseres Bargeldes, auch beim Service Public (z.B. im ÖV)
- gegen die Wald- und Landschaftszerstörung durch ineffiziente Windindustrieanlagen und alpine Solaranlagen unter dem Deckmantel des Klimawahns
- gegen die totale Verstrahlung durch 5G-Antennen und die neuen Millimeterwellen
- gegen die Massenüberwachung durch Kameras im öffentlichen Raum (z.B. auf der Autobahn), den Vorboten der Social Kredit-Systeme
- für die Senkung und Abschaffung von Steuern & Zwangsabgaben
- für die freie Rede und für eine ideologiefreie Bildung

Aktuell fehlen uns in jedem Wahlkreis noch sehr viele Kandidaten, damit wir überhaupt mit vollen Listen zur Wahl antreten können. **Wir brauchen darum dringend Deine Unterstützung! Jetzt ist es allerhöchste Zeit, Gesicht für Freiheit und Frieden zu zeigen und sich politisch aktiv zu engagieren! Schreibe Dich jetzt mit dem beiliegenden Formular spätestens bis am 25. November 2025, als Kandidat/in ein, merci viu mau!**

Nein zur Service Citoyen-Initiative

Bürgerdienst-Zwang zu Gunsten der Allgemeinheit und der Umwelt?

Die Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz (Service-Citoyen-Initiative)» verlangt, dass flächendeckend alle Bürgerinnen und Bürger einen Dienst zugunsten der Allgemeinheit und der Umwelt leisten. Dabei spielt es keine Rolle, ob dieser Dienst in der Armee, in der Betreuung oder für den Klimaschutz geleistet wird – das Einsatzfeld ist völlig frei und im Initiativtext nicht final formuliert.

Aus Sicht der Mitglieder von Aufrecht wird mit dieser Initiative eine staatliche Konkurrenz zu freien wirtschaftlichen Leistungen geschaffen und es entsteht damit ein doppelter, wirtschaftlicher Schaden durch den Ausfall von Mitarbeitern in den Betrieben und bei den Arbeitgebern. Damit fallen auch massiv höhere Kosten durch Zwangsabgaben wie Steuern an. Und Frauen, die auch zu einem

Bürgerdienst verpflichtet würden, leisten bereits heute einen überdurchschnittlich Beitrag in unserer Gesellschaft, z.B. in Form der Kinder- und Familienbetreuung. Zwar herrscht heute auf Grund der Dienstpflicht für Männer keine echte Gleichberechtigung, die Initiative verursacht aber zugleich neue Probleme. Gemessen an unserem Grundsatz für ein freiheitliches Zusammenlebens bedeutet diese Initiative schlussendlich eine Entwicklung in Richtung einer sozialistischer, kommunistischer Staatsform (wie beispielsweise in Eritrea oder damals in der DDR).

Die Mitglieder von Aufrecht Bern, aber auch der Vorstand sowie die Delegierten von Aufrecht Schweiz haben zur Service Citoyen-Initiative die Nein-Parole beschlossen und empfehlen die Vorlage am 30. November 2025 zur Ablehnung.

**NEIN zum Service
Citoyen am 30. November
2025**



JUSO-Initiative gefährdet uns alle

Die JUSO-Steuer zerstört Schweizer Unternehmertum & Arbeitsplätze

Freiheit ist mit Privateigentum verbunden, und dieses mit dem Erben und Vererben verknüpft. Die Volksinitiative "Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert" der Jungsozialisten verlangt mehr Mittel für die Klimapolitik. Auf Stufe Bund soll eine neue Erbschafts- und Schenkungssteuer von 50 Prozent eingeführt werden, wobei die ersten 50 Millionen Franken nicht besteuert werden.

Dieses Geld soll zur "Bekämpfung der Klimakrise und für den notwendigen Umbau der Gesamtwirtschaft" verwendet werden.

Die Initiative gefährdet nicht nur sehr viele Schweizer Familienunternehmen, die ihr Vermögen z.B. im Produktionsmaschinen gesteckt haben. Um die hohen Steuerbeiträge zu begleichen, müssten Firmen verkauft oder liquidiert werden. Erfolgreiche Unternehmer und

Vermögende leisten heute bereits hohe Steuerzahlungen an Bund und Kantone. Da sie aufgrund der hohen Erbschaftssteuer regelrecht enteignet werden, erwägen viele einen Wegzug aus der Schweiz. Statt Mehreinnahmen gäbe es enorme Steuerausfälle, die der Mittelstand tragen müsste. Das Vorhaben ist Agenda 2030 in Reinkultur. Aufrecht Bern hat klar die Haltung, dass Steuern – schlussendlich Zwangsabgaben unter Androhung von Gewalt – reduziert und abgeschafft werden müssen. Diese JUSO-Initiative verdient daher ein wuchtiges Nein an der Urne.

Die Mitglieder von Aufrecht Bern, der Vorstand sowie die Delegierten von Aufrecht Schweiz haben zur JUSO-Initiative einstimmig die Nein-Parole beschlossen und empfehlen die Vorlage am 30. November 2025 zur Ablehnung.

**Gewerbe
schafft
Jobs.**

juso-steuer-nein.ch

**JUSO zerstört
Unternehmen.**

Am 30. November

NEIN

zur JUSO-Steuer

Neue Gebiete für Windräder geplant

Windräder als “Abschiedsgeschenk” vom abtretenden Regierungsrat



Nur einen Tag, nachdem der Kanton Bern auf Grund fehlender Baubewilligung einen Baustopp bei den geplanten Windindustrieanlagen in Tramelan (siehe Bild oben, Quelle Freie Landschaft Schweiz) verfügte – und damit hinsichtlich der riesigen Wald- und Landschaftszerstörung seit langem erstmals für positive Nachrichten bei diesem Thema sorgte – “schenkt” der bald abtretende Regierungsrat der Berner Bevölkerung noch ein “richtig faules Ei”.

Im Rahmen der Richtplananpassungen 2024 will der Regierungsrat nicht nur die planerischen Voraussetzungen für den Bau von grossen Solaranlagen wie im Belpmoos schaffen, es wurden zeitgleich auch noch fünf neue sogenannte Windenergiegebiete im Richtplan aufgenommen bzw. festgesetzt. Unter dem Deckmantel des “Klima- und Umweltschutzes” soll die

ineffiziente Windenergie gezielt gefördert werden. Zu den definitiv festgesetzten Gebieten gehören nun das grosse Moos, Walperswil-Kappelen, Schwadernau sowie Seedorf im Berner Seeland, Büren an der Aare, die Region um Linden, den Churzenberg und Fahrni bei Thun, die Gantrischkette, Niederhore-Turner im Entwicklungsraum Thun, Elsighore-Loner, Gsür, der Hahnemoospass, Hornfluh-Rinderberg, Chalberhöni und Gsteig-Walig im Berner Oberland respektive im Obersimmental-Saanenland.

Der Kanton Bern listet im Richtplan unzählige, weitere Gebiete als sogenannte Windenergiegebiete auf. Es ist also auch zu befürchten, dass bereits abgelehnte Projekte wie in Vechigen oder Murzelen leider wieder auf das Tapet kommen könnten.

1'619 Unterschriften eingereicht

Riesige Unterstützung für Petition von Gegenwind Frienisberg



Die Firma Windenergie Schweiz AG will auf dem Gemeindegebiet von Kirchlindach insgesamt fünf Windindustrieanlagen mit einer Höhe von je 200 Metern und Rotordurchmessern von 140 Metern im Lindechwald-Kohlholz bauen. In der Bevölkerung der betroffenen Gemeinden Kirchlindach, Meikirch, Münchenbuchsee und Schüpfen bildete sich bereits seit Bekanntwerden des Projektes Ende Oktober 2024 grosser Widerstand gegen die geplanten Windindustrieanlagen.

Ende Januar 2025 lancierte die Bürgerbewegung Gegenwind Frienisberg eine Petition zu Händen des Gemeinderates von Kirchlindach mit der Forderung, im Interesse der Bevölkerung und der Natur auf die weitere Planung der Windenergie-Anlagen im Lindechwald-Kohlholz zu verzichten. Die Petition wurde nun insgesamt von 1'619 Bürgerinnen und Bürgern unterzeichnet! Nicht nur in Kirchlindach und Herrenschwanden, auch aus den umliegenden Gemeinden und dem ganzen Grossraum Bern war die Unterstützung für die Petition riesig!

Am 12. September 2025 überreichte Gegenwind Frienisberg die Petition mit insgesamt 1'619 Unterschriften dem Gemeindepräsidenten von Kirchlindach (Bild oben, links Jonathan Zbinden, Gegenwind Frienisberg, rechts Adrian Müller, Gemeindepräsident). Der Gemeinderat hat jetzt noch die Möglichkeit, die Notbremse zu ziehen und die weitere Planung dieses irrsinnigen Projektes zu stoppen! Weitere Informationen folgen in Kürze auf www.gegenwind-frienisberg.ch und deren Social Media-Kanälen.

Wichtige Volksinitiative gegen neue Millimeterwellen gestartet

Wie uns die Millimeterwellen-Initiative vor Strahlung schützt

Mit der Einführung von 5G im Jahr 2019 wurde der Frequenzplan erweitert. Dabei wurden auch neue Frequenzbereiche (26 GHz und 40 GHz) im Millimeterwellen-Spektrum für den Mobilfunk reserviert, die höhere Netzkapazitäten und schnellere Datenübertragungen ermöglichen sollen. Die gesundheitlichen Auswirkungen dieser Frequenzen sind jedoch weitgehend unerforscht. Politik und Industrie beteuerten 2019, dass eine Einführung erst nach gründlicher Prüfung erfolgen werde. Doch bisher wurde dieses Versprechen nicht eingelöst – wie schon bei früheren Freigaben neuer Frequenzen, bei denen mögliche Risiken kaum thematisiert wurden. Am 11. November 2025 hat nun die

die Sammlung für die neue “Millimeterwellen-Initiative*” gestartet. Die Kernanliegen sind: Millimeterwellen-Technologien sollen erst nach einer umfassenden Sicherheitsprüfung zugelassen werden. Die Bevölkerung soll vor möglicher Belastung durch nicht-ionisierende Strahlung geschützt werden. Bei Unsicherheiten über Gesundheitsrisiken soll auch das Vorsorgeprinzip konsequent angewendet werden. Es sollen unabhängige Studien zu den langfristigen Auswirkungen von Millimeterwellen durchgeführt werden. Und auch Tiere und Pflanzen sollen vor möglichen schädlichen Effekten bewahrt werden. Weitere Infos findest Du unter www.millimeterwellen.ch



Kampf gegen den Antennenwald geht weiter - Widerstand lohnt sich

Aktueller Stand der verschiedenen Einsprachen von Aufrecht Bern

Die Berner Zeitung hatte am 21. Oktober 2025 gute Neuigkeiten zu berichten: Nachdem sich Hansueli Sommer aus Heiligenschwendi jahrelang vehement gegen eine neue 5G-Antenne in seiner Nachbarschaft gewehrt hatte, zieht die Swisscom das Baugesuch nun zurück. Die Bauprofile wurden bereits abgebaut. .

Der Fall Heiligenschwendi zeigt exemplarisch: Widerstand lohnt sich, auch wenn manchmal einiges an Wissen und Durchhaltewillen nötig ist.

Aufrecht Bern und die Vorstandsmitglieder verantworten einige Einsprachen. Zum Beispiel ist die Einsprache gegen das riesige Projekt der SBB entlang der Zugstrecke zwischen Thun und Bern im Aaretal immer noch hängig. Das zuständige Bundesamt für Verkehr lässt auf sich warten. Ein Zeichen, dass die Einsprache gut vorbereitet und fundiert erfolgt ist.

Jonathan Zbinden, Verantwortlicher Kommunikation und Vorstandsmitglied von Aufrecht Bern, führt gleich zwei Einsprachen an. Einerseits zusammen mit über 60 weiteren Bürgern der Region gegen die Erweiterung der bestehenden Mobilfunkanlage von Salt Mobile SA und Sunrise GmbH in Jetzikofen (Gemeindegebiet Kirchlindach) auf den 5G-Mobilfunkstandard. Die zweite Einsprache betrifft ein besonders abstruses Baugesuch der Swisscom Schweiz AG.

Brauchen wir Netflix im Wald?

Die 2. Einsprache von Jonathan Zbinden betrifft den Neubau einer Antenne ausserhalb der Bauzone am Waldrand oberhalb von Meikirch. Die zuständige Baukommission der Gemeinde hat erstinstanzlich das Baugesuch abgelehnt, weil der riesige Mast das intakte Ortsbild des Dorfes massiv beeinträchtigen würde. Erst auf Grund der Sammeleinsprache von Jonathan Zbinden schwenkte dann der Gemeinderat von Meikirch um und stellte sich auf die Seite der Gegnerschaft – wohl in der Absicht, einen “Aufstand im Dorf” gegen das Projekt zu verhindern. Noch hat das Regierungsstatthalteramt in Bern nicht entschieden, aber Widerstand wirkt, wie sich auch hier zeigt. Netflix beim Waldspaziergang ist definitiv nicht nötig. Eines der nächstgelegenen Gebäude wäre zudem das Schulhaus, welches bereits von der anderen Seite des Dorfs von einer Antenne im Wald (!) beeinträchtigt wird. Nicht gerade ein idealer Zustand für eine gute Lern-Atmosphäre im Schulhaus.

Auch Karin Baettig, Vorstandsmitglied und Verantwortliche für die Finanzen von Aufrecht Bern, leitet eine Einsprache gegen den Bau einer 5G-Antenne in Bellmund. Mitunterstützt wird Karin von einigen Anwohnern im Dorf.

Gerne unterstützen wir mit unserem Wissen und unserer Erfahrung Mitglieder bei einer Einsprache. Meldet euch bei uns!

Wird Aufrecht vom Nachrichtendienst des Bundes überwacht?

Recherche über die Tricks des Schweizer Schnüffelstaats

Rafael Lutz, Journalist der Zeitung "Die Weltwoche", deckt in einer Recherche am 1. Oktober 2025 Unglaubliches auf: Der Geheimdienst überwachte während der Pandemie unter anderem die Organisation «Freunde der Verfassung». Bundesrätin Karin Keller-Sutter dementierte dies vor laufender SRF-Kamera.

SRF-«Arena», 21. Mai 2021: Justizministerin Karin Keller-Sutter sagt zu Michael Bubendorf von den «Freunden der Verfassung»: «Sie kritisieren den Bundesrat, die Corona-Massnahmen; das ist absolut legitim. Sie sind kein Terrorist. In der Schweiz kann jeder denken und machen, was er will.» Diskutiert wird über das Terrorismusgesetz (PMT), das Bubendorf und seine Organisation bekämpfen. Sicherheitsbehörden erhielten mit diesem bloss mehr Macht, um gegen unbescholtene Bürger vorzugehen. Keller-Sutter beschwichtigt. Bubendorf und seine Mitstreiter stünden «ganz bestimmt nicht auf dem Radar». Heute, knapp viereinhalb Jahre später, wissen wir: Diese Aussage war falsch beziehungsweise gelogen!

Die «Freunde der Verfassung» rückten kurz nach ihrer Gründung im Sommer 2020 in den Fokus der Behörden. Das Risikomanagement des Bundes (RM), das die Gefahren für die Bundesverwaltung analysiert, stufte die Organisation wenige Monate nach Beginn der Pandemie als «Gefahr» ein. Der Nachrichtendienst des

Bundes NDB überwachte deren Aktivitäten, wie verlässliche Quellen mitteilen. Wie weit die Beobachtung der Verfassungsfreunde gegangen ist, bleibt ein Rätsel. Gesichert ist: Der Nachrichtendienst des Bundes sammelte Daten über Exponenten des Vereins und speicherte diese in seinen Systemen. Ob der er auch die Kommunikation von Mitgliedern des Vereins anzapfte, ist unklar.

Ins Visier des Geheimdienstes sind «zehn Personen- oder Gruppennamen im Bereich Corona-Extremismus» geraten, bestätigte Prisca Fischer, Chefin der Aufsichtsbehörde über den NDB (AB-ND), kürzlich gegenüber SRF.

Die Quellen von Rafael Lutz zeigen zudem: Neben den «Verfassungsfreunden» warfen die Staatsschützer auch ein Auge auf die Organisation «Stiller Protest» und den Verein «Graswurzle».

Ob Aufrecht Bern als damals erste neu gegründete "Kantonalsektion" ebenfalls durch den NDB überwacht wurden, kann Journalist Rafael Lutz auf Anfrage von Jonathan Zbinden weder bestätigen noch dementieren.

Ein Auskunftsgesuch, welche Daten beim Nachrichtendienst des Bundes über Aufrecht gespeichert sind, soll nun Klarheit bringen. Wir werden euch auf dem Laufenden halten.

Der “Super”-Abstimmungssonntag

Referendum Individualbesteuerung erfolgreich - Ausblick März 2026



Referendum gegen die geplante Individualbesteuerung erfolgreich

Zusammen mit den Partnern Freunde der Verfassung, dem Lehrernetzwerk Schweiz und dem Verfassungsbündnis Schweiz hat Aufrecht Schweiz erfolgreich das Referendum gegen die Individualbesteuerung ergriffen. Zusammen mit einem weiteren Komitee wurden am 9. Oktober 2025 insgesamt über 66'000 Unterschriften bei der Bundeskanzlei

eingereicht. Wir danken unseren Mitgliedern für die Unterstützung und die zahlreichen Unterschriften.

Ausblick auf den Abstimmungssonntag vom 8. März 2026

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 5. November 2025 beschlossen, dass am 8. März 2026 über folgende Vorlagen abgestimmt wird:

- Halbierungsinitiative der Serafe-Zwangsgebühren
- Klimafonds-Initiative
- unser erfolgreiches Referendum gegen die Individualbesteuerung
- und zu guter Letzt über die Bargeld-Initiative und deren Gegenvorschlag

Gerne werden wir euch über unsere geplanten Aktivitäten für diesen Super-Abstimmungssonntag informieren.

Bild unten: geplante Solaranlage auf dem Belpmoos. “Nid gschider uf d Dächer?”



Wichtige Termine und Anlässe



ANDREAS THIEL *Live!*

APÉRO MIT PHILOSOPHISCHEM VORTRAG ZUM
THEMA "VATER UNSER IM HIMMEL – DIE ESSENZ"
DONNERSTAG, 27. NOVEMBER 2025, 19:30 UHR
REST. SCHWANEN, BERNSTR. 40, 3128 RÜMLIGEN
EINTRITT CHF 13.50, TUROFFNUNG UM 18:30 UHR



Letzter Stammtisch im Jahr 2025
Dienstag, 18. November 2025, ab 19 Uhr im
Restaurant Bahnhof in Kaufdorf

Weitere interessante Anlässe und Events
findest Du auf www.freiheitskalender.ch

Rückmeldungen und Leserbriefe
Gerne drucken wir Deinen Leserbrief in der
nächsten Ausgabe der "Bärentatze" ab.
Sende uns einfach Deinen kurzen,
prägnanten Text per E-Mail an die Adresse
kommunikation@aufrecht-bern.ch.

Impressum D'BÄRETATZE

Herausgeber:
Aufrecht Bern
Postfach 9176
3001 Bern
www.aufrecht.be



gedruckt in der
schweiz

Auflage 500 Exemplare
Erscheint 4x pro Jahr

Jahresabonnement ohne Mitgliedschaft
für CHF 20.- möglich, Bestellungen an
sekretariat@aufrecht-bern.ch